



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Antrag zur 10. MIT-Bundesdelegiertenversammlung 2011
Antragsteller: MIT-Bundesvorstand

Leitantrag des MIT-Bundesvorstands zur 10. MIT- Bundesdelegiertenversammlung 2011 in Deggendorf

aktiver Mittelstand – verlässliche Politik

39 **1. Einleitung**

40
41 Mit der Regierungsübernahme der bürgerlichen Koalition im Jahre 2009 waren große
42 Erwartungen verbunden. Nach über einem Jahrzehnt hatte auf Bundesebene erstmals
43 wieder eine bürgerliche Mehrheit die Zustimmung der Wähler erhalten. Der
44 Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP fand eine breite Zustimmung auch in den
45 Reihen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU.

46
47 Heute liegt die Hälfte der schwarz-gelben Legislaturperiode hinter uns. Dies gibt Anlass,
48 die Bilanz der schwarz-gelben Regierungsarbeit zu bewerten und für die zweite Halbzeit
49 die Erwartungen aus Sicht des Mittelstandes und der Wirtschaft an die Union und die
50 bürgerliche Regierung zu formulieren.

51

52 **2. Halbzeit-Bilanz der bürgerlichen Regierung aus Sicht der MIT**

53

54 Der Beginn der bürgerlichen Regierung war nachhaltig geprägt von den Auswirkungen
55 der größten Finanz- und Wirtschaftskrise unserer Geschichte. Waren die
56 Konjunkturaussichten Anfang 2010 noch sehr verhalten, blicken wir heute auf eine
57 wirtschaftliche Erholung unseres Landes. Deutschland ist der wichtigste
58 Wachstumsmotor in Europa und im Ausland finden die deutschen Wachstumsraten und
59 die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt Anerkennung. Erstmals seit 1992 sank
60 unter der schwarz-gelben Regierung die Zahl der Arbeitslosen wieder unter die 3-
61 Millionenmarke. Für diesen Aufschwung gibt es zahlreiche Gründe, wie etwa die
62 innovative Exportwirtschaft, gut ausgebildete und engagierte Arbeitnehmer sowie
63 verantwortungsvolle Unternehmer und Mittelständler. Am Aufschwung trägt aber nicht
64 zuletzt auch die Regierungsarbeit der schwarz-gelben Koalition ihren Anteil, die durch
65 wichtige Weichenstellungen in der Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik entsprechende
66 Rahmenbedingungen geschaffen hat.

67

68 Zu diesen Weichenstellungen gehörten vor allem die steuerpolitischen
69 Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen ab dem 1. Januar 2010. Durch eine

70 Entschärfung der steuerrechtlichen Vorschriften bei der Gewinnermittlung, durch die
71 Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten und im Bereich der Erbschaftsteuer
72 durch eine mittelstandsfreundlichere Regelung der Unternehmensnachfolge wurden
73 wichtige und jahrelange Forderungen der MIT aufgegriffen und umgesetzt. Die
74 Forderung der MIT für einen nachhaltigen Bürokratieabbau wurde durch die Stärkung
75 und Ausweitung der Kompetenzen des Nationalen Normenkontrollrates aufgenommen.
76 Mit der klaren Absage an Staatsgarantien für Großunternehmen, wie etwa zur Opel-
77 oder Karstadt-Sanierung, und die Beendigung von Sonderprogrammen zur
78 Krisenbewältigung wurden richtige ordnungspolitische Entscheidungen getroffen.
79 Ebenfalls begrüßte die MIT die Stabilisierung der Beiträge zur Sozialversicherung, die
80 Jobcenter-Reform und die nachhaltigen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung.
81 Aktuelle Reformvorhaben der Bundesregierung, bspw. die Überprüfung der
82 arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die Vereinfachung der Steuergesetzgebung, die
83 Insolvenzrechtsreform und Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel werden von der
84 MIT aktiv und konstruktiv begleitet.

85

86 Diese Erfolge der bürgerlichen Regierung dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen,
87 dass einige Entscheidungen für Verunsicherung bei den Bürgern gesorgt haben und
88 viele Erwartungen, die man im Wahlkampf und mit dem Koalitionsvertrag zwischen
89 Union und FDP hervorgerufen hat, bis heute nicht erfüllt worden. Die aus Sicht der
90 Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU dringlichsten drei Politikfelder
91 sollen im Folgenden dargestellt und mit den Erwartungen des Mittelstandes verbunden
92 werden.

93

94 **3. Verlässliche Steuerpolitik**

95

96 Mit dem Wechsel zu einer bürgerlichen Regierung wurde die große Hoffnung
97 verbunden, dass das in der Öffentlichkeit und durch Parteitagsbeschlüsse der Union
98 jahrelang postulierte Ziel eines einfacheren, niedrigeren und gerechteren Steuersystems
99 Wirklichkeit wird. Die entsprechende Festlegung im Koalitionsvertrag zwischen Union
100 und FDP bekräftigte diese Hoffnung. Für die Umsetzung einer so grundlegenden und

101 wesentlichen Reform ergab sich zwischen der Bundestagswahl 2009 und der NRW-
102 Landtagswahl im Mai 2010 ein seltenes, historisches Zeitfenster – eine bürgerliche
103 Mehrheit im Bundestag sowie im Bundesrat. Dieses Zeitfenster ist ungenutzt
104 verstrichen, was bei vielen Wählern zu großer Enttäuschung und Ernüchterung geführt
105 hat.

106

107 Dabei wäre eine solche Reform ein wesentlicher Beitrag gewesen, um gerade in der
108 Mitte der Gesellschaft – also jene Menschen in unserem Land, die zur Arbeit gehen,
109 Steuern zahlen, Kinder großziehen und sich an die Regeln halten – wieder mehr
110 Vertrauen in die Politik zu schaffen.

111

112 Dabei geht es der Mitte der Gesellschaft weniger um Steuergeschenke, denn die
113 Situation der öffentlichen Haushalte sowie die Notwendigkeit zur
114 Haushaltskonsolidierung und zum Maßhalten treffen gerade hier auf Verständnis. Aber
115 die Leistungsträger unseres Landes verlangen zu Recht mehr Verlässlichkeit und
116 Beständigkeit von der Politik sowie mit Blick auf die Steuerpolitik mehr
117 Steuergerechtigkeit und ein einfacheres Steuersystem. Seit Jahren stehen dabei
118 insbesondere zwei Hauptprobleme im Fokus: die ‚kalte Progression‘ und der
119 ‚Mittelstands- und Facharbeiterbauch‘.

120

121 Die ‚kalte Progression‘, sorgt dafür, dass die verfügbaren finanziellen Mittel eines
122 Arbeitnehmers für den Konsum jedes Jahr kleiner werden. Denn das Steuersystem
123 berücksichtigt nicht die Inflation, wodurch mit jeder nominalen Erhöhung des
124 Bruttolohns auch die Einkommensteuer sowie der Soli-Zuschlag und die Kirchensteuer
125 steigen, und zwar deutlich stärker als das Einkommen selbst.

126

127 Der ‚Mittelstands- und Facharbeiterbauch‘, treibt gerade für die Bezieher kleiner und
128 mittlerer Einkommen die Steuerlast nach oben, wodurch ihnen von einer Lohnerhöhung
129 nur ein geringer Anteil bleibt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der linearprogressive
130 Tarif derzeit nicht gleichmäßig vom unteren bis zum oberen Steuersatz ansteigt,

131 sondern bis zum Tarifknick steil nach oben geht. Erst nach dem Tarifknick verläuft er
132 wesentlich flacher.

133

134 **Forderungen der MIT:**

135 Die MIT fordert eine verlässliche und gerechte Steuerpolitik zu Gunsten der Mitte der
136 Gesellschaft. Die Bundesregierung wird daher ersucht, die Beseitigung der
137 steuerpolitischen Fehlsteuerungen durch die ‚kalte Progression‘ und den ‚Mittelstands-
138 und Facharbeiterbauch‘ in den Fokus der Politik zu stellen.

139

140 Der „Tarifknick“ muss völlig abgeschafft und der Steuertarif alle zwei Jahre an die
141 Inflationsrate angepasst werden. Die leichte Anhebung der Einkommensgrenzen für die
142 Jahre 2009 und 2010 im Konjunkturpaket II war ein erster Schritt, an den angeknüpft
143 werden kann. Nach Schätzungen würde eine völlige Beseitigung der ‚kalten Progression‘
144 jährlich ca. 2,5 Mrd. Euro (Quelle: IW Köln) und die Beseitigung des ‚Mittelstands- und
145 Facharbeiterbauches‘ 24 Mrd. Euro (Quelle: IW Köln) kosten. Zusätzlich muss der
146 Grundfreibetrag an das Existenzminimum angepasst werden.

147

148 Eine konsequente Überprüfung der Staatsausgaben und eine lineare Kürzung aller
149 Subventionen um jährlich 10 Prozent können zur Gegenfinanzierung beitragen. In die
150 Rechnung der Gegenfinanzierung muss zudem die Wachstumswirkung einbezogen
151 werden. Mit der Abschaffung der ‚kalten Progression‘ und des ‚Mittelstands- und
152 Facharbeiterbauches‘ würde die Kaufkraft der Bürger und somit gleichzeitig die
153 Einnahmen des Staates gesteigert werden. Allein die Abschaffung der ‚kalten
154 Progression‘ würde zu einer Kaufkraftsteigerung von schätzungsweise 1,7 Mrd. Euro
155 (Quelle: IW Köln) führen.

156

157 **4. Verlässliche Europapolitik**

158

159 Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat sich die europäische Politik grundlegend
160 verändert. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wurden wegweisende Maßnahmen
161 beschlossen: Grenzen für Personen, Güter, Kapital und Dienstleistungen wurden

162 abgebaut, die wirtschaftliche Union der Mitgliedsstaaten nach fast vierzig Jahren
163 vollendet, die neu eingeführte gemeinsame Währung hat sich neben dem Dollar als
164 zweite Weltwährung etabliert. Die Gestaltung dieser historischen Umbruchsjahre lag
165 vor allem in den Händen einer deutschen Partei: der Union mit Altbundeskanzler Dr.
166 Helmut Kohl an der Spitze der Regierungsverantwortung. Ein wesentlicher Bestandteil
167 dieser Europapolitik war die Maßgabe, dass mit der Einführung des Euro, die
168 Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sowie verbindliche Stabilitätskriterien im
169 Vertrag von Maastricht fest verankert wurden und dass der Währungsunion alsbald die
170 politische Union folgen sollte.

171

172 Die Idee der politischen Union trat im Zuge der EU-Erweiterung zunehmend in den
173 Hintergrund und die Währungsunion geriet in die Krise. Heute blicken die Bürger
174 unseres Landes verunsichert auf die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union.
175 Niemand weiß, wie das hochverschuldete Griechenland wieder wettbewerbsfähig
176 werden kann, die irische Bankenkrise gelöst wird oder Portugal den Strudel aus
177 steigenden Schulden und sinkender Wirtschaftskraft durchbrechen kann.

178

179 Die Union als Europapartei trägt hier besondere Verantwortung, den Ängsten und
180 Sorgen der Bevölkerung mit einer verlässlichen Europa- und Eurostabilitätspolitik zu
181 begegnen. Es ist ihre Aufgabe, konsequent auf die Einhaltung der durch die
182 Gründungsväter vereinbarten Stabilitätskriterien zu drängen und den Weg Europas hin
183 zu einer Transferunion zu verhindern. Hier hätte die Union in den zurückliegenden zwei
184 Jahren einen noch klareren ordnungspolitischen Kurs vertreten müssen.

185

186 **Forderungen der MIT:**

187

188 Der deutsche Mittelstand profitiert vom Europäischen Binnenmarkt, der
189 Gemeinschaftswährung und den sicheren politischen Rahmenbedingungen seit vielen
190 Jahren in hohem Maß. Dies wird sich in Zukunft jedoch nur erfolgreich fortsetzen
191 können, wenn die europäische Politik an den eigenen Kriterien für Währungsstabilität,
192 Schuldenbegrenzung und Beitrittsreife festhält, diese konsequent durchsetzt und

193 kontrolliert. In den zurückliegenden Monaten wurde deutlich, dass das finanzpolitische
194 Fehlverhalten einzelner Mitgliedstaaten die gesamte Europäische Union destabilisieren
195 kann. Das Durchsetzen klarer Regeln ist vor diesem Hintergrund heute drängender als je
196 zuvor.

197

198 Grundsätzlich ist ein unbefristeter Rettungsschirm abzulehnen, denn mit ihm bewegen
199 wir uns auf den Weg in eine Transferunion. Es ist sicherzustellen, dass der
200 Rettungsschirm auf 3 Jahre begrenzt ist und für jede weitere Verlängerung die
201 nationalen Parlamente ihre Zustimmung geben müssen. Damit wäre der Europäische
202 Stabilitätsmechanismus (ESM) kein Endlosinstrument, sondern immer wieder der
203 parlamentarischen Prüfung unterworfen. Die vorgesehene Option zum Ankauf von
204 Staatsanleihen auf dem Primärmarkt ist aus dem ESM herauszunehmen. Ansonsten
205 droht der Marktmechanismus außer Kraft gesetzt zu werden. Festlegungen zur Art, Höhe
206 und Begrenzungen der deutschen Beiträge zum ESM sind gesetzlich zu regeln und vom
207 Bundestag zu beschließen. Im Fall der ersten Inanspruchnahme des ESM ist vorab nicht
208 nur der Haushaltsausschuss, sondern der gesamte Deutsche Bundestag zu beteiligen.
209 Damit wird ein parlamentarisches "Königsrecht" unserer Demokratie gewahrt. Sollte ein
210 anderer Eurostaat eigene Zuschusspflichten nicht erfüllen können, muss bei der
211 Entscheidung für dann erforderliche Nachschusspflichten das Prinzip der Einstimmigkeit
212 gelten. Bislang sieht das ESM-Verfahren lediglich die einfache Mehrheit im
213 Verwaltungsrat vor. Deutschland könnte somit gegen seinen Willen zur Aufstockung
214 gezwungen werden. In das Direktorium der Fondsverwaltung sind geeignete
215 Persönlichkeiten der Bundesbank zu entsenden, um den Einfluss der Bundesbank auf die
216 Entscheidungen des ESM zu stärken.

217

218 Unabhängig von der Ausgestaltung des Rettungsschirmes besteht ein erheblicher
219 struktureller Nachbesserungsbedarf, denn Europa hat keine Währungskrise, sondern
220 eine strukturelle Schuldenkrise. Daher muss eine europäische Insolvenzordnung
221 eingeführt werden, damit überschuldete Staatshaushalte in einem geregelten Verfahren
222 marktkonform restrukturiert werden können. Allein das Vorhandensein dieses
223 Instruments dürfte sich disziplinierend auf die Haushaltspolitik der Regierungen

224 auswirken. Der Europäische Stabilitätspakt ist zu verschärfen. Bei Verstößen gegen
225 Stabilitätsauflagen muss ein automatisches Sanktionsverfahren greifen, das von einer
226 politisch unabhängigen Institution in Gang gesetzt und gehandhabt wird. Die EZB muss
227 sich wieder auf die Geldwertstabilisierung konzentrieren. Sie ist nicht Finanzier
228 überschuldeter Staaten. Der Ankauf riskanter Staatspapiere ist daher sofort
229 einzustellen.

230

231 **5. Verlässliche Energiepolitik**

232

233 Die erschreckende Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima hat viele
234 Menschen in der ganzen Welt verunsichert und mit Sorge erfüllt. Diese Katastrophe
235 lässt innehalten und zwingt zum Nachdenken. Die MIT begrüßte daher die Entscheidung
236 der Bundesregierung, alle deutschen Kernkraftwerke einer intensiven Überprüfung der
237 Sicherheits-Annahmen und -Maßnahmen zu unterziehen. Allerdings gehört zu einer
238 glaubwürdigen und verlässlichen Politik auch, sich nicht in kürzester Zeit von
239 grundlegenden Positionen zu trennen, ohne eine intensive und sachliche Debatte
240 geführt zu haben. Ein transparenter und vor allem ergebnisoffener Diskussionsprozess
241 mit der Parteibasis und mit der Öffentlichkeit wäre gerade bei einem so wichtigen
242 Thema wie der Zukunft der Energiepolitik von besonderer Bedeutung gewesen.

243 Prämisse der energiepolitischen Parteitagsbeschlüsse der CDU war es vor 2011, dass die
244 Kernenergie als Brückentechnologie den Umstiegsprozess auf erneuerbare Energien
245 begleitet und bis zur Schaffung der erforderlichen Umstiegsvoraussetzungen die
246 Energieversorgung gewährleistet. Mit der energiepolitischen Kehrtwende der Union in
247 2011 wurde diese Prämisse ins Gegenteil verkehrt. Ohne dass die Voraussetzungen für
248 eine Energiewende geschaffen wurden, wurde der Ausstieg aus der Kernenergie
249 manifestiert. Bis heute besteht Unklarheit, wie die Energieversorgung ohne Kernenergie
250 erfolgen soll und welche Konsequenzen dies für die Bürger, die Wirtschaft und die
251 Umwelt hat.

252 Heute ist die sogenannte „Energiewende“ beschlossen, schrittweise soll bis spätestens
253 Ende 2022 vollständig auf die Stromerzeugung in deutschen Kernkraftwerken verzichtet
254 werden. Angesichts dieser unumkehrbaren Entscheidung ist es heute Aufgabe der MIT,

255 diesen Prozess konstruktiv zu begleiten und ihre Forderungen im Interesse von fairen
256 Chancen für den Mittelstand im Zuge der Energiewende zu formulieren.

257

258 **Forderungen der MIT:**

259

260 Die MIT plädiert auch nach der beschlossenen Energiewende für eine sichere, preiswerte
261 und umweltfreundliche Energieversorgung. Mit dem Beschluss über den Ausstieg aus
262 der Kernenergie und dem Umstieg auf alternative Energiearten ergeben sich jedoch
263 grundlegende Fragen, die bis zum heutigen Tag nicht beantwortet wurden. Es muss
264 daher oberste Priorität der Politik sein, Klarheit zu schaffen und aufzuzeigen, wie diese
265 Problemstellungen gelöst werden sollen.

266 Zu einer der wesentlichen Fragen gehört die Entwicklung des Strompreises. Nach
267 Schätzungen der Deutschen Energie-Agentur Dena wird der Strompreis von heute 23
268 Cent pro Kilowattstunde bis 2020 um 4 bis 5 Cent bzw. 20 Prozent steigen. Der
269 Kostenanstieg begründet sich mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, den damit
270 einhergehenden höheren Förderkosten, dem Ausbau der Stromnetze und den
271 erforderlichen Investitionen in moderne fossile Kraftwerke. Gleichzeitig hat die
272 Energiewende auch eine unmittelbare Kostenwirkung bei energieintensiven
273 Unternehmen. Denn wo bisher die CO₂-freie Kernenergie verbraucht wurde, müssen
274 nun ggf. andere Energiearten zum Einsatz kommen, bei denen der CO₂-Ausstoß im
275 Rahmen des Zertifikatehandels zu zusätzlichen CO₂-Abgaben führen kann. Mit der
276 Energiewende wurde eine Energiekostenspirale in Gang gesetzt, die die
277 Zukunftsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandortes in Frage stellt und auch die
278 privaten Haushalte in naher Zukunft zusätzlich belasten wird. Die Politik ist heute in der
279 Pflicht aufzuzeigen, wie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiterhin
280 gewährleistet werden kann und welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die
281 privaten Haushalte und vor allem die arbeitende Bevölkerung nicht unverhältnismäßig
282 zu belasten.

283 Eine weitere wesentliche Problemstellung ist die Gewährleistung einer
284 umweltfreundlichen Energieversorgung. Mit dem Verzicht auf die Stromerzeugung in
285 deutschen Kernkraftwerken wird die größte CO₂-freie Energieart abgeschaltet. Zeitnah

286 muss geprüft werden, welche Auswirkungen dies auf die Klimaschutzziele hat und
287 welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit es bei der Umsetzung der
288 Klimaschutzziele nicht zu erheblichen Verzögerungen kommt.

289 Zudem muss im Rahmen der Energiewende ein schlüssiges Konzept zur Gewährleistung
290 der Versorgungssicherheit erarbeitet werden. Hierin muss aufgezeigt werden, wie
291 Deutschland nicht zum Stromimporteuer wird und wie die weitestgehende
292 Unabhängigkeit von anderen Ländern sichergestellt werden kann. Zudem wird zur
293 Gewährleistung der Versorgungssicherheit ein erheblicher Netzausbau erforderlich, der
294 mit großen Akzeptanzproblemen in der Öffentlichkeit verbunden sein könnte. Die Dena
295 spricht von 3.500 km. Bereits frühzeitig muss damit begonnen werden, für den
296 Netzausbau um Akzeptanz zu werben und darzustellen, dass alle – ob der einzelne
297 Bürger oder Unternehmer, die Kommunen oder Bundesländer – einen Beitrag zum
298 erfolgreichen Gelingen der Energiewende leisten müssen.

299 Grundsätzlich ist eine europäische Lösung anzustreben. Denn ein Alleingang
300 Deutschlands ohne ein energiepolitisches Gesamtkonzept auf europäischer Ebene wird
301 dem Grundanliegen – nämlich eine sichere, preiswerte und umweltschonende
302 Energieversorgung im Rahmen eines ausgewogenen und nachhaltigen Energiemixes –
303 nicht gerecht.

304

305 Bei der Diskussion um eine mögliche Neuausrichtung der Energiepolitik müssen zudem
306 ordnungspolitische Grundpositionen als Fundament einer jeden energiepolitischen
307 Strategie fest verankert werden. Dazu gehört das Verständnis, dass ein fairer
308 Wettbewerb auf den Energiemärkten der effizienteste und produktivste Mechanismus
309 zur Nutzung von Energieressourcen und zur Gewährleistung wirtschafts- und
310 verbraucherfreundlicher Energiepreise ist. Hierzu sind Oligopolstrukturen
311 aufzuweichen, neue Oligopole zu verhindern und faire Zugangschancen für neue
312 Anbieter mit innovativen Ideen zu schaffen. Wettbewerbsverzerrende Subventionen und
313 dirigistische Eingriffe sind zu beenden.

314 Die zukünftige Regulierung der Energiemärkte hat ausschließlich wettbewerbsorientiert
315 zu erfolgen. Die Aufgabe der Politik ist es, einen ordnungspolitischen Rahmen zu setzen
316 und diesen zu schützen. Der Staat ist nicht für die Steuerung der Wirtschaftsprozesse

317 zuständig. Subventionen dürfen allenfalls Anschubfinanzierungen sein. Es sind
318 Verfallsdaten für Gesetze, die Fördertatbestände regeln, einzuführen. Es muss
319 grundsätzliches Ziel für alle Energiearten sein, Energie zu Normalkosten ohne jede
320 Subvention bereitstellen zu können.

321 Mit Blick auf die Energieversorgung ist es nicht Aufgabe des Staates, darüber zu
322 entscheiden, ob und welche Energieträger zum Einsatz kommen. Ordnungspolitische
323 Aufgabe des Staates bei der Energiepolitik ist es vielmehr, die Sicherheits- und die
324 Umweltstandards zu definieren und zu kontrollieren. Über die Wirtschaftlichkeit von
325 Energieträgern und deren Einsatz zur Energieversorgung entscheiden die
326 Energieunternehmen sowie deren Kunden selbst.

327 Unsere größte Energiequelle ist die Energieeffizienz. Wir können den Energieverbrauch
328 mit den heute schon vorhandenen Technologien erheblich reduzieren, ohne Abstriche
329 an unserer Lebensqualität machen zu müssen. Also gilt es vorrangig, in Maßnahmen zur
330 Energieeffizienz und Ressourcenschonung zu investieren. Die MIT unterstützt
331 steuerliche Anreize für Maßnahmen der Energieeffizienz und Ressourcenschonung.
332 Entsprechende Programme müssen sich stets an der Höhe der Primärenergieeinsparung
333 orientieren.

334 Weitere Maßnahmen müssen die Senkung und schrittweise Abschaffung der doppelten
335 Steuerbelastung der Energie durch Energiesteuer und Mehrwertsteuer auf die
336 Energiesteuer, die breite Öffnung des Energiemarktes für dezentrale, mittelständische
337 Strukturen, die Ablehnung von Anschluss- und Benutzungszwängen und die
338 schrittweise Rückführung der Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare Energien
339 Gesetz (EEG) sein.

340

341 **6. Verlässliche Union**

342

343 Angesichts der Wahlergebnisse für die Union bei den zurückliegenden Landtags- und
344 Kommunalwahlen kann es ein „Weiter so“ mit Blick auf Profil, Öffentlichkeitsarbeit und
345 Kursbestimmung nicht geben. Die Wahlergebnisse sind ein wesentliches Indiz dafür,
346 dass die Wähler das Vertrauen in die große Volkspartei Union verlieren. Nur über eine
347 verlässliche und glaubwürdige Politik kann dieses Vertrauen zurückgewonnen werden.

348 Und dies muss gelingen, denn für dieses Land ist die Union als Volkspartei
349 zukunftsentscheidend. Die Union stand seit jeher für die Übernahme von
350 Verantwortung auf der Basis von festen, ordnungspolitischen Grundwerten und einer
351 dem Gesamtwohl dienenden und interessenausgleichenden Politik. Ohne die Union
352 würden die gesellschaftliche Mitte und die Leistungsträger dieses Landes ins politische
353 Abseits rücken. Es ist an der Zeit, dass die Union zu ihrer alten Stärke zurückfindet.

354

355 **Forderungen der MIT:**

356

357 Die Union muss zurückkehren zu einer Volkspartei mit prägnanten Botschaften, einem
358 klaren Profil und einer verlässlichen Politik im Interesse der gesellschaftlichen Mitte. Sie
359 muss die Menschen dieses Landes bei ihren Entscheidungen mitnehmen und ihre
360 Positionen erklären. Dazu gehört an die Führungsspitze der Union eine Mannschaft mit
361 kompetenten Köpfen, die alle Strömungen der Partei glaubwürdig repräsentiert.

362

363 Sofern die Führungsspitze der Union die Änderung von Grundsatzpositionen der Partei
364 erwägt, muss die Parteibasis in einen breiten öffentlichen Diskurs einbezogen werden,
365 und zwar bevor die Abkehr von Grundsatzpositionen öffentlich verkündet oder
366 vollendete Tatsachen geschaffen wurden. Ein Bundesparteitag muss nach Abschluss
367 dieses Diskussionsprozesses über die Neupositionierungen mehrheitlich beschließen.
368 Allein die Erörterung einer Abkehr von grundlegenden Positionen durch die Parteispitze
369 auf Kreisvorsitzenden- oder Regionalkonferenzen stellt keine ausreichende
370 Legitimationsbasis dar.

371

372 Die Union muss für eine verlässliche Politik stehen. Sie muss ihre Politik am
373 Grundsatzprogramm der Partei, den Beschlüssen der Bundespartei und ihren
374 Versprechen im Wahlprogramm ausrichten. Sie muss sich an Vereinbarungen aus
375 Koalitionsverträgen mit ihren Koalitionspartnern in Bund und Ländern halten und auf
376 eine erfolgreiche Umsetzung drängen.